

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1899

19 (22.1.1899) I. Blatt

Ausgabe:
Wöchentlich zwölf Mal.
Abonnementspreis:
Halbjährlich:
in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf.,
in das Haus gebracht: 2 Mark
0 Pf., durch die Post ohne
Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf.
Vorausbezahlung.
Redaktion und Expedition:
Scheffelstraße 9.
Telephonanschluß Nr. 401.

Badische Landeszeitung

mit täglichem Unterhaltungsblatt und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühr?
Die 1/2paltige Kolonelleise
bietet Raum für 20 Zeilen
Inserate 15 Pf. für aus-
wärtige Inserate 20 Pf. Bei
größeren Aufträgen ent-
sprechenden Rabatt.
Bemerkungen:
Unbenützte gebliebene Ein-
drücke werden nicht aufbe-
wahrt und können nachträg-
liche Donor-Ansprüche nicht
Berücksichtigung finden.

Nr. 19 I. Blatt

Karlsruhe, Sonntag, den 22. Januar

1899

Politische Uebersicht.

Karlsruhe, 21. Januar.

Die Königswahl auf Samoa.

hat, wie zu erwarten war, zu blutigen Kämpfen geführt. Aus dem sehr unklar gehaltenen Telegrammen aus anglo-amerikanischer Quelle (s. Drahtber. Nr. 18 I. Bl.) geht nur eines mit aller Klarheit hervor, daß die Engländer und Amerikaner gemeinsame Sache gegen Deutschland bekamen. König Mataafa neuerdings beiseite gelassen und Mataafa zum König und Tamasefa zum Vizekönig haben ausgerufen. Die weiteren Vorgänge sind in unseren gestrigen Drahtberichten wiedergegeben. Nach Niederlage der Gegenkönige hat der aus der Verbannung zurückgekehrte König Mataafa vorläufig die Oberhand. Allein die Dinge drängen zur Entscheidung, und wir hoffen, daß Deutschland im Hinblick auf unsere, die englischen und amerikanischen Interessen überlagernden Handelsbeziehungen den amerikanischen Ansprüchen mit Festigkeit begegnet, denn wenn Samoa jetzt nicht deutsch wird, so ist die Gelegenheit dazu wohl für immer verpaßt. Die neuesten Meldungen aus England lauten: Die Presse hält mit ihrem Urteil über die Vorfälle noch zurück. Nur „Pall Mall“ und „Morning Post“ deuten an, der deutsche Konsul habe versucht, die Unruhen illegal zu Deutschlands Gunsten auszunutzen. Ein langes „Daily“ Telegramm aus Apia weist dem deutschen Konsul die Schuld für die Unruhen und eine Verletzung aller Abmachungen vor; es erzählt, wie der Konsul und der deutsche Vizekonsul sich mit Gewalt des Gerichtshofes bemächtigten und wie der englische und amerikanische Konsul sie mit Hilfe von Marineoffizieren daraus entfernten. Jetzt sei alles ruhig und der deutsche Konsul bleibe auf seinem Posten. Von einem Londoner Spezialberichterstatter geht dem „Daily“ die Mitteilung zu, die deutsche Regierung habe die Aufmerksamkeit des Staatsdepartements der Vereinigten Staaten auf das bräunliche Ausrufen des amerikanischen Kongressmitgliedes Berry gelenkt und der Vizepräsident werde auf diplomatischem Wege beigelegt werden. Gleichwohl hat sich Berry nach diesem Bericht vor weiteren unqualifizierbaren Ausfällen gegen Deutschland nicht gescheut und eine nicht mißzuverstehende Herausforderung an diejenigen Mitglieder des Reichstages erlassen, denen seine Äußerungen mißfallen würden. Dieser unverschämte amerikanische Bravado geht vielleicht auch nicht in seiner Heimat der verdienten Sächlichkeit.

Die Stimmung in Frankreich.

ist infolge der Rede Chamberlains auf eine neue sehr englandfeindliche. Die nationalistischen Blätter nennen sie eine „neue englische Herausforderung“. Rochefort sagt: „Die Engländer treten uns mit Füßen und wir wagen uns nicht zu mühen.“ Die „Patrie“ sagt: „Frankreich steht jetzt vor der Wahl. Die Engländer wollen den Krieg. Sollen wir uns von ihnen prügeln lassen, bis wir ihnen den Gefallen thun?“ Auch in Regierungs-kreisen wird, wie die gestrige Verlautbarung der offiziellen „Agence Havas“ zeigt, die Lage für ernst gehalten. Mehrfach wird hinzugefügt, man werde hoffentlich ohne nationale Demütigung den Frieden erhalten können. Die „nationale Demütigung“ ist da, wenn Frankreich die Sottisen Chamberlains einleckt, ohne daß dieser in irgend einer Form Gegenwirkung giebt. Der englische Minister hat den Franzosen mit direkten Worten „Trennung“, ja „Vertreibung“ (England sei in Madagaskar um seine Rechte „betrogen“ worden) vorgeworfen. Vor 30 Jahren wäre, obwohl Frankreich damals das russische Bündnis nicht hatte, ein solcher Bravour der sofortige Krieg gewesen.

Britannia ante portas.

Die portugiesische Presse, welche ganz unter englischem Einfluß steht, wird nicht müde, tagtäglich neue Alarmartikel gegen Spanien zu bringen, dem Annetionslust auf Portugal vorgeworfen wird, da es sich für den Verlust seiner Kolonialmacht entschädigen wolle. Seit langem geriet sich England als Verbündeter des Küstenstaates am Atlantischen Ozean. Es ist wahr, der spanische Kriegsminister Correa arbeitet unablässig an der Neuorganisation des Heeres, den Spaniern ist sogar ein Licht über die Vorteile der allgemeinen Wehrpflicht aufgegangen. In Gibraltar aber hat England in der allerjüngsten Zeit gewaltige Massen von Verteidigungs- und Angriffsmitteln für einen Krieg angehäuft, und die zarten Andeutungen, welche dem in seinem Innern von den Carlisten bedrohten Lande hinsichtlich seiner Canarischen und Balearenischen Inseln gemacht worden sind, lassen die dumpfe Stimmung in Spanien begründet finden, daß nach den fürchterlichen Schlägen der letzten 3 Jahre die Heimfahrungen der dem Niedergang geweihten Nation noch nicht abgeschlossen sind.

Karl Schurz gegen die Expansion.

Ein Ereignis von höchster Bedeutung in dem bestigen Kampf der Expansionsisten und Anti-Expansionsisten bildet die große Rede, die Karl Schurz im Hofsaal der Universität von Chicago gehalten hat. Der hervorragende Politiker bewies das völlig Un-amerikanische der ganzen Expansionspolitik, besonders hinsichtlich der Philippinen. Auf den Kostenpunkt übergehend, rechnete Schurz, nach einem Bericht der „Woch. Ztg.“, seinen Zuhörern vor, daß allein durch die Erhöhung der Heeresstärke auf 100 000 Mann die Ausgaben von 23 Millionen Dollars auf 150 Millionen Dollars stiegen. Ferner kämen zu den 145 Millionen Pensionen noch vom Bürgerkrieg her 20 Millionen neue Pensionen für die Invaliden des letzten Krieges. Dazu kämen aber noch ungezählte Millionen für neue Kriegsschiffe und sonstige Ausgaben, wie sie durch eine kriegerische Politik sich als notwendig herausstellen würden. Zum Schluß schlug der Redner vor, Cuba und Porto Rico zu unabhängigen Republiken zu machen und mit San Domingo und Haiti zu einem Antillen-Staatenbund zu vereinigen. Den Philippinen sollte Neutralität von den Mächten zugesichert werden. — Karl Schurz hat mit seinen Ausführungen der deutsch-amerikanischen Presse und den Deutsch-Amerikanern aus dem Herzen gesprochen. Das Expansionsfever graffiert im allgemeinen mit ungehöriger Festigkeit. Henry Watterson, ein Journalist in Louisville, Kentucky, hat dieser Tage in einem Blatt ganz ernsthaft den Vorschlag gemacht, Admiral Dewey und General Lee, den nächsten Präsidenten der Vereinigten Staaten in Havanna, als die nächsten Präsidenten-Schafts- und Vize-Präsidenten-Kandidaten der demokratischen Partei aufzustellen und zwar ohne irgend ein bestimmtes politisches Parteiprogramm. Die Parteiprogramme, sagt Watterson, werden ja doch niemals von ihren Vertretern ausgeführt. Wie Kinley sei auf das Programm der Währungsreform hin gewälzt worden, aber man sehe und höre nichts von dieser wichtigen Reform. Man solle

Dewey und Lee nur auf ihre militärischen Verdienste hin erwählen, lediglich aus Dankbarkeit und Patriotismus. Ihr Helmbreit sei das beste Programm. Verschiedene Zeitungen nehmen Wattersons Vorschlag mit Begeisterung auf und Zuschriften aus dem Publikum an die Blätter ebenfalls. Ein Soldatenpräsident wäre nun zwar seit Grant und genau genommen schon seit Washington nichts neues. Aber als Vertreter einer Expansions- und Weltmachtspolitik würde ein jetziger Soldatenpräsident doch eine wesentlich andere Stellung einnehmen als Grant und Washington. Mit einem Volke hinter sich, dessen Motto ist: „Mein Vaterland muß das größte sein!“ würde ein Soldatenpräsident Versuchungen ausgesetzt sein, wie kein Präsident zuvor, denn er wüßte, daß dieses selbe Volk ihm außer-gewöhnliche Machtbefugnisse verliehen würde „in majorem patriae gloriam“.

Deutsches Reich.

Berlin, 19. Jan. Der nat.-lib. Abg. Hieber überreichte heute im Reichstag eine Eingabe des Präsidiums des württemb. Kriegerbundes wegen Bereitstellung von Mitteln für die an Veteranen zu gewährenden Unterstützungen. — Gegen die Verfügung des Oberpräsidenten, die in Berlin eine Buchdruckerzwangsunion hergestellt hat, ist nunmehr eine von 223 Buchdruckerbeiträgern unterzeichnete Beschwerde an den Minister abgegangen. Es ist gewiß bezeichnend, daß die Verfügung des Oberpräsidenten aufgrund eines Antrages des Bundes Berliner Buchdruckerbeiträge erfolgte, der bei 40 anwesenden Herren mit einer Mehrheit von 28 Stimmen gefaßt wurde, während Berlin im ganzen 430 Betriebe zählt.

Leipzig, 20. Jan. Der Präsident des Landgerichts in Beuthen (Oberschlesien), Dr. Wyszomirski, wurde dem „Leipz. Tagbl.“ zufolge zum Reichsgerichtsrat ernannt.

Zur Ausweisungspolitik in Nordschleswig haben die beiden freisinnigen Landtagsfraktionen in Preußen die nachdrückliche Interpellation eingebracht: „Der Oberpräsident von Schleswig-Holstein hat nach einem öffentlichen Zugeständnis in öfteren Fällen Ausweisungen dänischer Staatsangehöriger aus Nordschleswig nicht um deswillen angeordnet, weil diese Personen sich lästig gemacht haben, sondern nur zu dem Zweck, um einen Druck auf die dänisch gestimmten Dienstherren auszuüben. Ist es zureichend, daß Maßregeln dieser Art ähnlicher Art aus der Initiative des Herrn Oberpräsidenten v. Köller hervorgegangen sind, und ist die Staatsregierung geneigt, die von dem Oberpräsidenten angeordneten Maßregeln mit ihrer Verantwortung zu bedenken?“ Damit setzen sich, wie die „Köln. Ztg.“ bemerkt, beide Parteien offenbar in Gegensatz zu ihren Gesinnungs-genossen in Schleswig. Anzeichen hiervon sind bereits erwähnt worden. Jetzt wird eine sowohl namens der freisinnigen Vereinigung als der freisinnigen Volkspartei in der Stadt Schleswig von einer Anzahl dortiger Parteimitglieder unterzeichnete Erklärung gegen die frei. „Nieler Zeitung“ veröffentlicht, weil diese die Ausweisungen und die Zustimmung von schleswigschen Freisinnigen zu denselben heftig bekämpft hat.

Herr Well auf dem Rückzug. Vor einigen Wochen erregte eine von den freisinnigen Blättern triumphierend veröffentlichte Erklärung der Firma Well u. Söhne in Brandenburg a. H. Aufsehen, in welcher die genannte Firma ihre dänische Kundenschaft gleichsam wegen der durch die preussische Regierung verfügten Ausweisung dänischer Unterthanen um Entschuldigungen bat und ihre Abschnürer erludte, dieses Vorgehen der Behörden nicht ihre deutschen Geschäftsfreunde entgelten zu lassen. Der Reichstagsabgeordnete und Handelskammerpräsident Well verhielt sich allen Anspürungen gegenüber vollständig schweigen. Am 16. des Mts. fand nun die erste diesjährige Sitzung des geschäfts-führenden Ausschusses der Handelskammer statt. Auf Antrag eines Mitgliedes, berichtet die „Markt. Volksztg.“, war die „dänische Frage“ auf die Tagesordnung gesetzt. Zu Beginn der Besprechung gab der Präsident die Erklärung ab, daß das fragliche Kundenscheit von seiner Firma ihren dänischen Agenten angeliefert sei, und zwar als private Antwort auf sehr benehliche Klagen derselben über den von ihren dänischen Kunden angeordneten Abbruch der geschäftlichen Beziehungen. Die Veröffentlichung dieser Kundgebung in den Zeitungen sei ohne sein Zutun erfolgt, besonders sei es ihm gar nicht eingefallen, derselben durch Hinweis auf seine Stellung als Reichstagsabgeordneter und Handelskammerpräsident größeres Gewicht zu geben. Im übrigen bedauere er die Sache am allermeisten. Die Mitglieder erklärten sich zunächst mit dieser Darlegung voll befriedigt. Im übrigen wurde festgestellt, daß die behaupteten Schädigungen bei einzelnen Geschäftszweigen durchaus nicht vorhanden seien. Nur einige Firmen der Textilbranche klagten über Aufhebung von Aufträgen oder Ausbleiben neuer Bestellungen, doch wurde zugegeben, daß sehr leicht der außerordentlich milde Winter der Anlaß hierzu gewesen sein könne. (1) Die Kammer beschloß einstimmig, sobald genügende Zeit verfriesen sei, um sich ein klares Bild über die Angelegenheit zu bilden, Erhebungen darüber vorzunehmen, ob und welche Schädigungen die Ausfuhr des Bezirks nach Dänemark erlitten habe.

Sozialdemokratische Freiheitsbegriffe. Der Sozialdemokrat und Expedient der „Neuphischen Volkszeitung“, Schenkerlein, wurde auf der Partei ausgetrieben, weil er gegen eine über ihn verhängte Gefängnisstrafe die Gnade des Fürsten nachgesucht und dadurch „den Traditionen der Sozialdemokratie“ zuwider gehandelt habe. So macht man Partei-Martyrer wider Willen.

Die wirtschaftliche Vereinigung des Centrums hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht: Die Unterzeichneten erlauben sich, an den Herrn Reichszentraler folgende Anfrage zu richten: Wie weit sind die Erwägungen und Prüfungen der verbündeten Regierungen über die Beschwerden gegen das Wein-gesetz vom 20. April 1892 gediehen? Bis wann ist die Vorlage einer Novelle zu dem genannten Gesetz zu erwarten?

Hegelmaier im Reichstag. Die „Konf. Kor.“ hatte eine Privatangelegenheit des Abg. Hegelmaier, des vielgenannten freitbaren Oberbürgermeisters von Heilbronn, an die Öffentlichkeit gebracht und die Geschichte kurios genannt. Hegelmaier war darin der nat.-lib. Partei zugerechnet. Dazu bemerkt die „Nat.-Lib. Kor.“: Die Geschichte ist sogar noch kurioser. Nach dem antiken Fraktionsverzeichnis des Reichstags, das als Druckache Nr. 1 erschienen ist und vielleicht von einem wohlthätigen Parteigenossen der „Konf. Kor.“ zur Verfügung gestellt wird, sät der Herr, mit dem sie so launig sich beschäftigt, auf der Rechten als ordentliches Mitglied der Fraktion der deutschen Reichspartei. Wodurch Hegelmaier es mit den Konservativen so verstanden hat, daß seine Privatangelegenheiten in die Öffentlichkeit getragen werden müssen, entzieht sich unserer Kenntnis.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 19. Jan. Nach einer den hiesigen Blättern zugegangenen Meldung brachte Kaiser Franz Josef bei dem gestrigen Essen zu Ehren der Offiziere vom Kaiser Franz-Garde-Grenadierregiment einen Trinkspruch aus, in dem er mit warmen Worten seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß anlässlich seines 50jährigen Jubeljahres eine Offiziersabordnung des Regiments, dessen Chef zu sein er stolz sei, nach Wien entsandt worden sei. Der Kaiser schloß mit den Worten: „Ich trinke auf das Wohl meines Freundes, Seiner Majestät des deutschen Kaisers.“ Oberst v. Schwarztoppen hob in seiner Dankrede hervor, das Regiment fühle sich glücklich und stolz, Kaiser Franz Josef, das leuchtende Beispiel eines Monarchen, als Chef zu besitzen. Jeder Offizier und jeder Grenadier des Regiments werde bis zum letzten Atemzuge in Treue für den Kaiser von Oesterreich ansharren.

Wien, 19. Jan. Die Deputation des Offizierskorps des Kaiser-Franz-Garde-Grenadier-Regiments begibt sich am 21. er. nach Pest und dann nach Kaschau, um dem k. k. Regt. Wilhelm I. Nr. 34 einen Besuch abzustatten.

Wien, 19. Jan. Im Eisenbahnministerium fand in der Angelegenheit der Konzeptionierung des projektirten Nebes elektrischer Straßenbahnen in Wien eine vorläufige Besprechung mit den Vertretern der Stadtgemeinde statt, wobei die einschlägigen Fragen eingehend erörtert wurden. Die Verhandlungen werden demnächst fortgesetzt werden und voraussichtlich einen baldigen, befriedigenden Abschluß finden.

Die Gemeinde Sankt Anna, die der Schauplatz des gemeldeten blutigen Bauernaufstandes war, ist von 4000 Deutschen bewohnt. Sowohl die sechs von den Gendarmen Erschossenen, als die etwa zwanzig Verwundeten sind deutsche Bauern.

Italien.

Rom, 20. Jan. Der Papst ist an einem leichten Zungen-Anfall erkrankt, der zwar keine Besorgnisse erregt, jedoch den Papst veranlaßt, den Papst zu bitten, im Hinblick auf sein hohes Alter zur Schonung das Bett zu hüten. Der Empfang der Kronprinzessin von Schweden und Norwegen wurde infolge dessen abgefast.

Frankreich.

Paris, 20. Jan. (Kammer.) In der fortgesetzten Generaldebatte über das Budget erklärt der Finanzminister, daß sich das Budget im Gleichgewicht befinde. Die Einheit desselben sei überall gesichert und die Amortisation der Schuld sichergestellt.

Paris, 19. Jan. Heute abend hat die erste Versammlung der „Ligue Patrie française“ stattgefunden, die, wie bekannt, von verschiedenen literarischen Persönlichkeiten gegründet wurde, um eine Verhütung der Gemüter herbeizuführen. An der Versammlung nahmen ungefähr 1500 Personen teil, darunter Cavagnac und mehrere Mitglieder der französischen Akademie. Jules Lemaitre hielt einen Vortrag, in welchem er sich heftig und in tadelnden Worten über die gegen das Heer geführte Campagne aussprach und erklärte, er sei für eine Revision durch den gemeinsamen Kassationshof, denn der Verdacht, welcher auf der Kriminalkammer laufe, werde einer Verhütung der Gemüter im Wege stehen. Lemaitre stellte als Programm der Liga auf: Förderung der Liebe zum Vaterlande, Einigung aller Franzosen und Bildung von Ortsgruppen. Unter dem Rufe: „Es lebe Frankreich!“ ging die Versammlung auseinander. Es ereignete sich kein Zwischenfall.

Paris, 20. Jan. Der Vertreter Biquarts vor dem Kassationshofe, Avouat Minervel, erklärte einem Interviueur, die Affäre der Regelung der Gerichtskompetenz sei vertagt worden, weil die Vernehmung Gierhazs für dieselbe von besonderer Bedeutung sei.

Spanien.

Sevilla, 20. Jan. Der Viso „Giralda“ mit dem Sarge des Columbus ist hier eingetroffen. Die Behörden empfangen den Sarg feierlich. In der Kathedrale, die den Sarg bis zur Fertigstellung des Grabmals aufnehmen wird, wurde ein Trauergottesdienst abgehalten. Die Bevölkerung nahm regen Anteil an der Feier.

In der „Revue des Revues“ veröffentlicht Henry Berenger anlässlich der Budgetdebatte einen interessanten Beitrag zu der französischen Beamtenstatistik. Danach gab es im Jahre 1846 in Frankreich 188 000 Staatsbeamte, welche 245 Millionen kosteten. Im Jahre 1886 verurachteten 350 000 Beamte eine Ausgabe von 484 Millionen, und 1896 war man bei 627 Millionen für 416 000 Beamte angelangt. Während die Bevölkerungszahl sich in den 50 Jahren um kaum 10 Proz. vermehrt hatte, sagt Berenger, vermehrte sich die Beamtenzahl um 110 Proz. und die Ausgabe des Staates für ihre Gehälter um 150 Proz. Wenn es sich da nur um die Vermehrungen handelte, welche für die Allgemeinheit von unbestreitbarem Nutzen sind, wie die des Lehr-, Post- und Telegraphenpersonals, so könnten sich die Steuerpflichtigen noch trösten, sagt Berenger, denn die Zahl der Volksschullehrer ist von 40 000 auf 110 000 und der Post-, Telegraphen- und Telephonbeamten von 18 000 auf 68 000 angewachsen. Darüber wird auch nicht geklagt, fügt er hinzu, wohl aber über die Vermehrung des Personals der Ministerien, der Centralverwaltung und der Kolonialverwaltung, die das Günstlingswesen in seiner vollen Blüte darstellt. Zum Schluß sagt Berenger seine Ausführungen folgendermaßen zusammen: Das kommt, wie schon oft gerügt worden ist, daher, daß jeder Aemter und Sinekuren befreidigt werden muß, abgesehen davon, daß jeder scheidende Minister — und die Zahl der seit 1871 verbrauchten Minister ist bekanntlich Legion — sich für verpflichtet hält, seine Schützlinge zu versorgen, selbstverständlich auf Staatskosten.

Russland.

Alle in Petersburg im Bau befindlichen Panzerschiffe sollen in diesem Jahre, 22 Torpedoboote im nächsten Jahre fertiggestellt werden. Ferner wurde beschlossen, in diesem Jahre an den Werften der neuen Admiralität zwei Geschwaderpanzer von 12 700 Tons, ferner auf der Werft der russischen Lokomotivfabrik ein Panzerschiff von 12 700, einen Kreuzer von 6000 und einen von 3000 Tons zu bauen. Dazu die neuen Bestellungen von Schiffen in Deutschland. (Abrüstung!)

Amerika.

Washington, 19. Jan. Der Senat lehnte in der fortgesetzten Beratung der Nicaragua-Kanal-Bill den Zufahrtstrag ab, demzufolge der Präsident ermächtigt werde

